

Beamte sollen in die Rentenversicherung einbezahlen

Beitrag von „fachinformatiker“ vom 10. Mai 2025 08:38

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/sanktionen>

Beamte und Selbstständige will die Ministerin in die Rentenversicherung einbeziehen.

Frage mich, ob das ein Nullsummenspiel wird, da Beamte ja Geld vom Staat bekommen und die Rente vom Prinzip her aus demselben Topf kommt (die Rentenbeiträge werden schon lange mit Steuern bezuschusst).

Oder läuft das auf eine versteckte Senkung des Lebensnettoeinkommens hinaus, was den Lehrerberuf nicht attraktiver machen würde.

Sonst typisch SPD, rechte Tasche, rein, linke Tasche raus und dazwischen bleibt viel Kleben und viel Bürokratie.

Beitrag von „Finnegans Wake“ vom 10. Mai 2025 09:19

Abgesehen davon, dass es kompliziert werden dürfte, bestehende Beamte/innen in die RV zu überführen, bedeutet es ggf. für die Länder (wenn wir mal Polizei und Lehrkräfte betrachten), dass weiterhin die Pensionen für die "alten" BuB zu zahlen sind, gleichzeitig aber (mit deutlich höheren Bruttoausgaben) die Rentenbeiträge der neuen BuB.

Das würde dann die Haushalte belasten, es müsste gespart werden, dann wird wegen amtsangemessener Besoldung weiter geklagt, bei zu wenig Netto ist der Staatsdienst kaum noch attraktiv etc. pp. Der Rattenschwanz an potentiellen Problemen ist ziemlich lang.

Im ersten Schritt hat es was von Sündenbockdebatte: "Die beteiligen sich nicht!" Außerdem lenkt man mit dieser Sündenbockdebatte davon ab, dass in der RV Reformbedarf besteht, weil immer mehr Rentner immer weniger Beitragszahlenden gegenüber stehen.

Es ist kompliziert und ich maße es mir nicht an, Lösungen zu kennen.

Beitrag von „Seph“ vom 10. Mai 2025 09:24

Den Header des Artikels empfinde ich als bodenlose Frechheit. Wie kann man denn unmittelbar diese beiden Punkte miteinander verknüpfen:

Zitat

Bärbel Bas kündigt ein hartes Vorgehen gegen den Missbrauch von Sozialleistungen an. Beamte und Selbstständige will die Ministerin in die Rentenversicherung einbeziehen.

Die Planspiele, auch andere Gruppen mit in die RV einzubeziehen, gibt es ja regelmäßig. Nur wird alleine das hier nicht passieren:

Zitat

In die gesetzliche Rentenversicherung will Bas künftig weitere Gruppen einbeziehen. "In die [Rentenversicherung](#) sollten auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige einzahlen. Wir müssen die Einnahmen verbessern", sagte sie.

Sie vergisst - wie viele andere Anhänger dieser Idee - mal wieder leider zu erwähnen, dass diese Gruppen nicht nur Einnahmen, sondern auch Kosten generieren.

Beitrag von „FrozenYoghurt“ vom 10. Mai 2025 09:34

Ich glaube kaum, dass diese populistische Forderung in den entsprechenden Gremien mehrheitsfähig sein wird, da ja auch die Abgeordneten betroffen sein sollen. Zumal die Dienstherren jetzt schon nah an der Grenze zur Legalität agieren bei der Besoldung ihrer Beamten. Weniger Netto am Ende ist doch eigentlich nicht vorstellbar, da man gegen die Alimentationspflicht verstoßen würde. Alles andere würde nur noch mehr Kosten generieren, die die Einnahmen egalisieren.

Die neue Regierung ist mir bisher unfassbar unsympathisch.

Beitrag von „mutterfellbach“ vom 10. Mai 2025 10:50

Populistisch finde ich die Forderungen nicht, aus Sicht der Beitragszahler*innen finde ich sie völlig gerechtfertigt. Wird natürlich trotzdem nichts, weil niemand seine eigenen Pfründe aufgeben will (viele Abgeordnete kommen aus dem verbeamteten Spektrum, arbeiten mit ebensolchen zusammen..).

Leider wählen die Arbeiter*innen in D konsequent die Parteien, die exakt gar nichts für sie tun, sondern nur die Privilegien der eigenen „Kaste“ absichern. Schlimm (von den Afd-Fans unter der Arbeiterschaft muss ich gar nicht anfangen).

Beitrag von „s3g4“ vom 10. Mai 2025 10:58

[Zitat von mutterfellbach](#)

Populistisch finde ich die Forderungen nicht, aus Sicht der Beitragszahler*innen finde ich sie völlig gerechtfertigt. Wird natürlich trotzdem nichts, weil niemand seine eigenen Pfründe aufgeben will (viele Abgeordnete kommen aus dem verbeamteten Spektrum, arbeiten mit ebensolchen zusammen..).

Leider wählen die Arbeiter*innen in D konsequent die Parteien, die exakt gar nichts für sie tun, sondern nur die Privilegien der eigenen „Kaste“ absichern. Schlimm (von den Afd-Fans unter der Arbeiterschaft muss ich gar nicht anfangen).

Die GRV gehört in ihrer aktuellen Form entweder abgeschafft oder von Grund auf neu gestaltet. Das ist aber auch keine neue Erkenntnis, das weiß man seit Jahrzehnten.

Einfach mehr Menschen zu dem Pyramiden System zu zwingen hilft auch nur kurzfristig.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 10. Mai 2025 11:00

[Zitat von mutterfellbach](#)

Populistisch finde ich die Forderungen nicht, aus Sicht der Beitragszahler*innen finde ich sie völlig gerechtfertigt. Wird natürlich trotzdem nichts, weil niemand seine eigenen Pfründe aufgeben will (viele Abgeordnete kommen aus dem verbeamteten Spektrum, arbeiten mit ebensolchen zusammen..).

Für bisherige Beamte wird ein Wechsel kaum rechtssicher machbar sein, das heißt die Beamten, die derzeit Abgeordnete im Bundestag sind, werden nicht unter dieser Entscheidung zu leiden haben.

Beitrag von „Meer“ vom 10. Mai 2025 11:05

Langfristig halte ich es eigentlich auch für den richtigen Weg, aber eigentlich müsste man dann so konsequent sein und diesen auch bei der Kranken- und Pflegeversicherung gehen.

Beitrag von „s3g4“ vom 10. Mai 2025 11:14

Zitat von Meer

Langfristig halte ich es eigentlich auch für den richtigen Weg, aber eigentlich müsste man dann so konsequent sein und diesen auch bei der Kranken- und Pflegeversicherung gehen.

Wie soll das denn funktionieren? Krankenversicherung geht es noch. Bei der Rentenversicherung eben nicht. Die funktioniert vom Grundprinzip her nicht (mehr). Wenn man will dass langfristig noch mehr Menschen darunter leiden, dann kann man natürlich noch mehr dazu verpflichten.

Beitrag von „fachinformatiker“ vom 10. Mai 2025 11:15

Zitat von Seph

Sie vergisst - wie viele andere Anhänger dieser Idee - mal wieder leider zu erwähnen, dass diese Gruppen nicht nur Einnahmen, sondern auch Kosten generieren.

Denke, dieser Punkt wird absichtlich weggelassen, weil am Ende eine massve reale Einnahmengkürzung für Beamte über die Lebenszeit herauskommen muss. Ansonsten macht die Aussage von Frau Bas keinen Sinn, da Nullsummenspiel (abzüglich von Verwaltungs- und

Bürokratiekosten).

Beitrag von „chemikus08“ vom 10. Mai 2025 11:19

Keine Ahnung wie Frau Bas sich das vorstellt. Ist die Idee, dass Beamte dann keine Pension mehr bekommen oder bekommen sie weiterhin ihre Pension und zahlen aber den Arbeitnehmeranteil an die RV. Egal wie, wird es für die Kollegen bedeuten, dass der finanzielle Vorteil gegenüber Angestellten dahin ist. Bis auf die mit zwei Kindern. Da würde ich mir aber sehr genau überlegen, ob ich als neuer Kollege in den Beamtenstatus gehe.☐

Beitrag von „WispyWaterfall14734“ vom 10. Mai 2025 11:21

Es gibt simpel gesagt einige Hürden zu überwinden:

- Grundgesetz garantiert die Alimentation der Beamten zu der die Pension gehört
 - Grundsätze des Berufsbeamtentums die einen verfassungsrechtlichen Schutz haben
- hierfür benötigt man eine 2/3 Mehrheit zur Änderung des GG

Man müsste die brutto Einkommen deutlich erhöhen, um die Beiträge zu finanzieren und eine Zusatzrente schaffen um der Alimentation gerecht zu werden

- man würde Alimentation und Gehalt egalisieren, das würde das Beamtentum wohl abschaffen

Beitrag von „RosaLaune“ vom 10. Mai 2025 11:25

| [Zitat von Opellaner](#)

— hierfür benötigt man eine 2/3 Mehrheit zur Änderung des GG

Scheint mir diesbezüglich jetzt nicht schwer zu erreichen mit Grünen und Linke.

Beitrag von „Friesin“ vom 10. Mai 2025 11:26

[Zitat von chemikus08](#)

Egal wie, wird es für die Kollegen bedeuten, dass der finanzielle Vorteil gegenüber Angestellten dahin ist.

ist das ein Automatismus, finanziell bei gleicher Arbeit besser gestellt zu sein dann als Angestellte? Merkwürdiges Argument.

Die Unkündbarkeit eines Beamten ist doch der eigentliche Hauptvorteil ggü Angestellten, und der dürfte vom Thema Pension/Rente unabhängig sein.

Beitrag von „FrozenYoghurt“ vom 10. Mai 2025 11:41

[Zitat von Friesin](#)

ist das ein Automatismus, finanziell bei gleicher Arbeit besser gestellt zu sein dann als Angestellte? Merkwürdiges Argument.

Die Unkündbarkeit eines Beamten ist doch der eigentliche Hauptvorteil ggü Angestellten, und der dürfte vom Thema Pension/Rente unabhängig sein.

Für mich gehören die Benefits des Beamtenstatus untrennbar mit der Lehrertätigkeit dazu. Zu diesen Bedingungen bin ich angetreten. Und ja, bessere finanzielle Situation, keine Zwangsmitgliedschaft in unwirtschaftlichen Pyramidensystemen (RV) sowie freie Vertragswahl bei der Krankenversicherung.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 10. Mai 2025 11:43

Ich glaube, dass es - über die Pensionsverluste in vielen Bundesländern - viele Leute gibt, die für E13 den Job kündigen würden.

NICHT, weil sie keinen Vorteil ggü dem einen speziellen Kollegen hätten, NICHT, weil E13 "zu wenig" ist, sondern weil die Arbeitsbedingungen im Schulsystem nicht soooo attraktiv sind, dass man doch nicht für das selbe Geld woanders hin möchte. Von Anfang an oder nach ein paar Jahren. Zum Beispiel, wenn die Kids aus der Kita sind, oder so..

Beitrag von „Kathie“ vom 10. Mai 2025 11:50

[Zitat von Friesin](#)

Die Unkündbarkeit eines Beamten ist doch der eigentliche Hauptvorteil ggü Angestellten, und der dürfte vom Thema Pension/Rente unabhängig sein.

Der Hauptvorteil ist die Unkündbarkeit und die Pension.

Ich plane mein Leben auf die Pension ausgerichtet. Hätte ich gewusst, dass ich am Ende eine Rente bekomme, die natürlich niedriger ausfällt, hätte ich vermutlich ganz anders vorgesorgt. Man kann doch nicht den jetzigen Beamten plötzlich die Pension "wegnehmen" und durch eine erheblich niedrigere Rente ersetzen, wo man dann ggf. nur noch ein paar Jahre Zeit hat, irgendwas anzusparen, damit es am Ende reicht.

Wenn man von Beginn an weiß, auf was man sich einlässt, okay. Aber nach 20 Berufsjahren?

Von daher kann ich mir auch nicht vorstellen, dass das so durchgeht. Und einzahlen ohne etwas rauszubekommen - macht auch wenig Sinn. Und wenn man einzahlt, muss der Arbeitgeber ja auch einzahlen... Das kostet auch. Bin gespannt.

Beitrag von „Kris24“ vom 10. Mai 2025 12:02

[Zitat von Friesin](#)

ist das ein Automatismus, finanziell bei gleicher Arbeit besser gestellt zu sein dann als Angestellte? Merkwürdiges Argument.

Die Unkündbarkeit eines Beamten ist doch der eigentliche Hauptvorteil ggü

Angestellten, und der dürfte vom Thema Pension/Rente unabhängig sein.

Unkündbar bin ich auch als Angestellter im öffentlichen Dienst nach einiger Zeit. Nein, der Hauptvorteil ist für mich Pension, private Krankenversicherung empfinde ich übrigens als Nachteil, ich habe immer auf die Bürgerversicherung gehofft (nicht Kopfpauschale). Automatismus ist natürlich nicht die Zweiklassengesellschaft. Aber warum sich nach unten orientieren?

Es gibt übrigens viele Rechnungen. Langfristig wird es übrigens teurer für die Rentenversicherung, Beamte miteinzubeziehen. Sie verdienen im Durchschnitt mehr (mehr Studierende im Durchschnitt), arbeiten mehr als der Durchschnitt, das wird bei Vergleichen oft nicht berücksichtigt.

Es geht darum, gefühlte Gerechtigkeit zu erzeugen.

Beitrag von „chemikus08“ vom 10. Mai 2025 12:08

[Zitat von Friesin](#)

das ein Automatismus, finanziell bei gleicher Arbeit besser gestellt zu sein dann als

Da fallen mir nur wenige Kündigungsgründe ein, die vor dem AG ziehen und wenn, würden sie auch für die Lösung des Beamtenverhältnis reichen.

Beitrag von „IsQuiUtatur“ vom 10. Mai 2025 14:48

Hallo zusammen,

anlässlich der Pläne unserer neuen Arbeitsministerin Frau Bas, dass auch Beamte in die Rentenkasse einzahlen sollen, habe ich ein paar Fragen:

- Ist es tatsächlich zulässig, dass bereits Verbeamtete plötzlich in die Rentenkasse einzahlen müssen und dass ihnen gar ihre Pension gestrichen wird? Oder kann man diese Maßnahmen nur bei "neuen" Beamten ergreifen?

- Diese Maßnahmen würden einen enormen Nettoverlust für die bereits Verbeamteten bedeuten: Ist der Staat in diesem Fall zum Ausgleich verpflichtet, etwa durch eine Erhöhung des Bruttogehaltes? Immerhin würde ich z.B. von heute auf morgen etwa 300 Euro weniger im Monat haben...

Insgesamt würde mich Eure Einschätzung zu diesem Thema interessieren: Ich bin hier leider nicht kundig.

Vielen lieben Dank im Voraus 😊

Beitrag von „Kris24“ vom 10. Mai 2025 14:50

Es gab doch heute früh schon ein Thread? 2 dazu sind nicht sinnvoll.

Beitrag von „Conni“ vom 10. Mai 2025 14:53

[Zitat von Kris24](#)

Es gab doch heute früh schon ein Thread? 2 dazu sind nicht sinnvoll.

Thread hierhin verschoben.

Beitrag von „WispyWaterfall14734“ vom 10. Mai 2025 14:56

Keine Panik, die Leute, die das ausarbeiten, sind selbst Beamte. Dazu käme eine erhebliche finanzielle Doppelbelastung für den Staat (Pension + höhere Bruttobelastung der RV Beiträge über etwa 35-40 Jahre, denn für die Pension wurden keine Rückstellung gebildet und die werden tw in einigen BL aufgelöst aktuell).

Dann ist dort noch der Mindestabstand zu lösen von 115 % zum Bürgergeld sowie eine

Mindestlohnproblematik in Verbindung mit Abstandsgebot). Dazu stehen noch die Urteile zur Alimentation aus, hier sind erhebliche Risiken vorhanden (im Mrd Bereich je Jahr je Bundesland, NDS sieht hier bis zu 1,8 mrd).

....dürfte nicht finanzierbar sein

Bestehende Beamte dürften Besitzstandsschutz und Vertrauensschutz genießen...

...da muss schon eine Krise ungeahnten Ausmaßes kommen...

...Richter sind auch Beamte hörte ich..

[RosaLaune](#): Sperrminorität

Beitrag von „Seph“ vom 10. Mai 2025 15:34

[Zitat von IsQuiUtutur](#)

Ist es tatsächlich zulässig, dass bereits Verbeamtete plötzlich in die Rentenkasse einzahlen müssen und dass ihnen gar ihre Pension gestrichen wird? Oder kann man diese Maßnahmen nur bei "neuen" Beamten ergreifen?

Unter Umständen ja, dazu gab es bereits in den 2000er Jahren ein Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags. Insbesondere bei Bestandsbeamten ergeben sich daraus aber tatsächlich so große Komplikationen, dass solche Maßnahmen vermutlich eher bei Neuverbeamtungen in den Blick rücken. Dann wiederum könnten sich aber die Dienstherrn auch schlicht darauf verständigen, in Zukunft in vielen Bereichen gar nicht mehr zu verbeamten. Wie gut das funktioniert, kann man daran erkennen, dass inzwischen nahezu alle Bundesländer zur Verbeamtung von Lehrkräften zurückgekehrt sind.

Beitrag von „WillG“ vom 10. Mai 2025 15:39

[EDIT: Beitrag hat sich mit Seph überschritten.]

Ich stelle es ja grundsätzlich durchaus in Frage, ob Lehrer Beamte sein müssen. Das habe ich in den letzten Tagen in anderen Threads schon angemerkt.

Ich meine das rein aus systemisch-inhaltlicher Sicht und ganz objektiv. Dass ich natürlich froh über meinen Beamtenstatus auf Lebenszeit und die damit einhergehenden Privilegien bin, ist ja klar. Und dass der Lehrermangel ohne Berufsbeamtentum im Lehramt nochmal ganz anders aussehen würde, ist auch klar. Hat man ja in Berlin gut gesehen. Deswegen wird sich daran erstmal nichts Grundsätzliches ändern.

Wenn man jetzt anfangen möchte, an einer Schraube des Alimentationsprinzips zu drehen, wird das nicht funktionieren. Das ist argumentativ ähnlich wie neulich in dem Thread, in dem wir über Faktorisierung und dann über hypothetisch höhere Besoldung von Mangelfächern diskutiert haben. Das Beamtensystem ist ein komplexes System und ich kann halt nicht einfach einzelne Bestandteile grundsätzlich verändern, ohne das ganze System ins Wanken zu bringen.

Ich sehe es deshalb so: Abschaffung der Pensionsansprüche ist allein kaum umsetzbar. Man müsste dann direkt den Beamtenstatus für Lehrkräfte in Frage stellen. Dies ist zumindest beim aktuellen Lehrermangel keine Option - und auch mittel-/langfristig nicht, wenn man nicht direkt den nächsten Lehrermangel provozieren möchte. Damit ist das für mich eine populistische Nebelkerze, die nicht verfangen wird.

Beitrag von „Moebius“ vom 10. Mai 2025 15:41

[Zitat von FrozenYoghurt](#)

Die neue Regierung ist mir bisher unfassbar unsympathisch.

Das ist kein Programm der neuen Regierung, sondern lediglich eine Aussage der Ministerien in einem Interview um da ein paar billige Punkte zu sammeln. Die CDU hat es programmatisch überhaupt nicht auf dem Zettel, Beamte in die gesetzliche Versicherung zu überführen und die SPD hat es auch in der Zeit, als sie mit den Grünen noch die Chance auf eine Mehrheit gehabt hätte, nie ernsthaft versucht.

Beitrag von „Plattenspieler“ vom 10. Mai 2025 17:07

[Zitat von chemikus08](#)

Da würde ich mir aber sehr genau überlegen, ob ich als neuer Kollege in den Beamtenstatus gehe.

Die meisten würden sich sehr genau überlegen, ob sie unter den Bedingungen überhaupt noch Lehrer werden wollen, und sich dann dagegen entscheiden.

[Zitat von RosaLaune](#)

Scheint mir diesbezüglich jetzt nicht schwer zu erreichen mit Grünen und Linke.

Wo haben SPD, Grüne und Linke zusammen eine 2/3-Mehrheit?

[Zitat von Kris24](#)

private Krankenversicherung empfinde ich übrigens als Nachteil

Warum? Und: Bist du dann jetzt zur GKV gewechselt, als BW die pauschale Beihilfe eingeführt hat?

Beitrag von „RosaLaune“ vom 10. Mai 2025 17:15

[Zitat von Plattenspieler](#)

Wo haben SPD, Grüne und Linke zusammen eine 2/3-Mehrheit?

Na, sofern es ja überhaupt soweit kommt, ist die Union ja eh dabei. Bisher ist es nur eine Idee der Ministerin. Der Koalitionsvertrag von Schwarz-rot sieht eine Rentenkommission vor. Wenn die Union dann einen solchen Vorschlag mitträgt, wird er auch eine Zweidrittelmehrheit bekommen.

Beitrag von „Plattenspieler“ vom 10. Mai 2025 17:19

[Zitat von RosaLaune](#)

ist die Union ja eh dabei [...] Wenn die Union dann einen solchen Vorschlag mitträgt [...]



Beitrag von „Andreas231“ vom 10. Mai 2025 17:23

Kann mir nicht vorstellen, dass die das machen. Das wäre viel zu teuer für den Staat. Die müssten dann die Besoldung erhöhen, denn 19... wurde die Besoldung dazu abgesenkt. Jetzt können die das Geld aus Haushalt für andere Dinge verwenden. Das wäre dann nicht mehr möglich.

Beitrag von „Kris24“ vom 10. Mai 2025 17:26

Zitat von Plattenspieler

Warum? Und: Bist du dann jetzt zur GKV gewechselt, als BW die pauschale Beihilfe eingeführt hat?

Kann man mit ü55 zurück in die gesetzliche Krankenkasse?

Beitrag von „Plattenspieler“ vom 10. Mai 2025 17:30

Zitat von Kris24

Kann man mit ü55 zurück in die gesetzliche Krankenkasse?

Entschuldigung. Ich wusste nicht, wie alt du bist, und hatte das mit dem Alter nicht auf dem Schirm (auch wenn es mir bekannt ist).

Beitrag von „Dr. Rakete“ vom 10. Mai 2025 20:30

Solange für Beamte ein Streikverbot gibt werden Lehrer verbeamtet werden.
Die Streikmacht ist viel zu groß.

Beitrag von „Seph“ vom 10. Mai 2025 20:42

Zitat von Dr. Rakete

Solange für Beamte ein Streikverbot gibt werden Lehrer verbeamtet werden.
Die Streikmacht ist viel zu groß.

Einige der ostdeutschen Bundesländer haben jahrelang nicht verbeamtet. Und soweit mir das bekannt ist, ist das auch in Berlin seit langer Zeit so. Von massiven Streiks der Lehrkräfte aus diesen Bundesländern ist mir nichts bekannt.....leider.

Beitrag von „FrozenYoghurt“ vom 10. Mai 2025 21:32

Zitat von Seph

Einige der ostdeutschen Bundesländer haben jahrelang nicht verbeamtet. Und soweit mir das bekannt ist, ist das auch in Berlin seit langer Zeit so. Von massiven Streiks der Lehrkräfte aus diesen Bundesländern ist mir nichts bekannt.....leider.

Berlin verbeamtet seit einiger Zeit wieder. Die haben daraus gelernt, dass es so einfach nicht klappt.

Vor ein paar Jahren hatten die aber richtig Werbung gemacht, um Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu bekommen. Von Anfang an E13 in der Endstufe und solche Geschichten. Aber auch das hat nicht geholfen.

Beitrag von „Kris24“ vom 10. Mai 2025 21:38

Auch NRW hat vor knapp 30 Jahren für ein paar Jahre nicht verbeamtet und es wieder geändert. Ich denke, zukünftig werden sich die Bundesländer absprechen und es gleichzeitig umsetzen (aber da der Lehrerberuf aktuell nicht so überlaufen ist wie vor 30 Jahren, wird der Mangel noch größer außer es gibt deutlich mehr Geld).

Beitrag von „Gymshark“ vom 11. Mai 2025 00:17

Zitat von Kris24

Auch NRW hat vor knapp 30 Jahren für ein paar Jahre nicht verbeamtet und es wieder geändert. Ich denke, zukünftig werden sich die Bundesländer absprechen und es gleichzeitig umsetzen (aber da der Lehrerberuf aktuell nicht so überlaufen ist wie vor 30 Jahren, wird **der Mangel noch größer außer es gibt deutlich mehr Geld**).

Keiner entscheidet sich aus Geldgründen *gegen* den Lehrberuf. Das mit Abstand häufigste Argument, das gegen den Lehrberuf genannt wird, ist eher "mit *den* Kindern heutzutage arbeiten? Lieber nicht!" - eine Mischung aus "zu wenig Handhabe gegenüber verhaltensauffälligen Kindern" und "zu wenig Handhabe gegenüber unverschämten oder uneinsichtigen Eltern".

Wer den Lehrberuf attraktiv machen will, muss dafür sorgen, dass Lehrkräfte sich stärker auf das Unterrichten konzentrieren können und weniger Nebenschauplätze aufgemacht werden, um die sich Lehrkräfte (mal eben nebenbei) auch zu kümmern haben.

Beitrag von „Seph“ vom 11. Mai 2025 01:05

Zitat von Gymshark

Keiner entscheidet sich aus Geldgründen gegen den Lehrberuf.

Zumindest in den Naturwissenschaften ist das durchaus eine Überlegung vieler Kommilitonen gewesen. Der Mangel insbesondere an Chemie und Physik Lehrkräften liegt nur bedingt darin, dass es in diesen Fächern generell zu wenig Studierende gäbe, sondern dass diese in der freien Wirtschaft durchaus zu besseren Konditionen unterkommen können. Wenn man jetzt noch die

geringen Vorteile des Beamtentums nivellieren sollte, dann werden nicht gerade mehr Personen ins Lehramt gelockt werden.

Aber es stimmt schon: die Bezahlung ist natürlich nicht der einzige Faktor, der die Attraktivität eines Berufs ausmacht. Egal ist diese aber mit Sicherheit auch nicht.

Beitrag von „platttyplus“ vom 11. Mai 2025 07:08

Zitat von Seph

Dann wiederum könnten sich aber die Dienstherrn auch schlicht darauf verständigen, in Zukunft in vielen Bereichen gar nicht mehr zu verbeamten. Wie gut das funktioniert, kann man daran erkennen, dass inzwischen nahezu alle Bundesländer zur Verbeamtung von Lehrkräften zurückgekehrt sind.

Wenn man nicht mehr verbeamten will, müssten halt die Löhne in den entsprechenden Bereichen massiv steigen, um die Berufe für Neueinsteiger wieder ausreichend attraktiv zu machen, auf das man ausreichend Personal findet. Und nein, ich rede da nicht über 300€ monatlich, ich rede da schon über 50% mehr in der Lohntüte. Der öffentliche Dienst wurde über Jahrzehnte als Sparschwein ausgepresst. Die Lohnentwicklung der übrigen Branchen müsste da erst einmal nachgeholt werden.

Beitrag von „Kris24“ vom 11. Mai 2025 08:05

Zitat von Gymshark

Keiner entscheidet sich aus Geldgründen gegen den Lehrberuf. Das mit Abstand häufigste Argument, das gegen den Lehrberuf genannt wird, ist eher "mit den Kindern heutzutage arbeiten? Lieber nicht!" - eine Mischung aus "zu wenig Handhabe gegenüber verhaltensauffälligen Kindern" und "zu wenig Handhabe gegenüber unverschämten oder uneinsichtigen Eltern".

Ich kenne mehrere ehemalige Referendare, die ihr Referendariat bei uns abgebrochen haben, weil sie in dieser Zeit ein besseres finanzielles Angebot erhielten. Es ist das Gesamtangebot,

das zählt. Dazu gehören Arbeitsbedingungen, Gehalt und natürlich auch der Wunsch zu unterrichten. Aber wir hatten hier doch schon oft die Diskussion und viele schreiben, dass sie es für das Geld tun. Nervende Eltern werden an meiner Schule selten genannt (Gymnasium, kaum Helikoptereltern).

Beitrag von „plattyplus“ vom 11. Mai 2025 08:25

Zitat von Andreas231

Kann mir nicht vorstellen, dass die das machen. Das wäre viel zu teuer für den Staat. Die müssten dann die Besoldung erhöhen, denn 19... wurde die Besoldung dazu abgesenkt. Jetzt können die das Geld aus Haushalt für andere Dinge verwenden. Das wäre dann nicht mehr möglich.

Das war 1953.

—> <https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/sta...s0551.pdf%27%5D>

Damals wurden die Bezüge in zwei Stufen um ca. 15-20% abgesenkt, um von dem Geld Rücklagen für die Beamtenpensionen bilden zu können. Das Geld wurde aber nie zurückgelegt sondern für Wahlgeschenke rausgehauen. In den späteren Jahrzehnten wurden die Tarifabschlüsse mit Verweis auf die Pension auch nicht immer in vollem Umfang übernommen.

Beitrag von „Kris24“ vom 11. Mai 2025 08:51

Zitat von plattyplus

Das war 1953.

—> <https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/sta...s0551.pdf%27%5D>

Damals wurden die Bezüge in zwei Stufen um ca. 15-20% abgesenkt, um von dem Geld Rücklagen für die Beamtenpensionen bilden zu können. Das Geld wurde aber nie zurückgelegt sondern für Wahlgeschenke rausgehauen. In den späteren Jahrzehnten wurden die Tarifabschlüsse mit Verweis auf die Pension auch nicht immer in vollem Umfang übernommen.

Stimmt (nicht gefällt mir) 😊

Beitrag von „Finnegans Wake“ vom 11. Mai 2025 09:25

[Zitat von Gymshark](#)

Keiner entscheidet sich aus Geldgründen gegen den Lehrberuf. Das mit Abstand häufigste Argument, das gegen den Lehrberuf genannt wird, ist eher "mit *den* Kindern heutzutage arbeiten? Lieber nicht!" - eine Mischung aus "zu wenig Handhabe gegenüber verhaltensauffälligen Kindern" und "zu wenig Handhabe gegenüber unverschämten oder uneinsichtigen Eltern".

Wer den Lehrberuf attraktiv machen will, muss dafür sorgen, dass Lehrkräfte sich stärker auf das Unterrichten konzentrieren können und weniger Nebenschauplätze aufgemacht werden, um die sich Lehrkräfte (mal eben nebenbei) auch zu kümmern haben.

Jain. Wenn du aus der Industrie kommst und einen Lebensstandard hast, der durch das Gehalt im öD deutlich eingeschränkt würde, dann verhindert das Finanzielle den Quereinstieg. (Und das ist dann kein Luxuslebensstil.)

Nicht jeder macht es so wie ich und verzichtet während des QE auf den Gegenwert eines (damaligen!) Mittelklasse-Autos.

Wobei ich aber deinen zweiten Absatz voll unterstütze. Und außerdem würde ich mir wünschen, dass (auch im QE) nur Leute den Einstieg machen, die wirklich diesen Job machen wollen. In der 90ern mit ihren krassen Entlassungswellen gab es auch Leute (die mir das genau so erzählt haben), die den QE nur gemacht haben, um nicht arbeitslos zu werden. Klar: Anekdotisch.

Beitrag von „Veronica Mars“ vom 11. Mai 2025 09:48

Vorweg: eigentlich finde ich es gut, wenn es ein System für alle gibt, also GKV für alle und RV für alle. Aber ich sehe Probleme In der Umsetzung.

Zuerst GKV: das ginge eigentlich ganz einfach, indem man es den Beamten freistellt (so wie in

Hamburg) und den AG-Beitrag übernimmt. Es scheint aber für den Staat insgesamt teurer zu sein, denn wenn es billiger wäre, dann hätten sie es schon umgesetzt.

Dann Rente: wenn alle Beamte in die gesetzliche Rente einzahlen, dann hätten wir eine Neid-Debatte weniger und die Jobs wären auch vergleichbarer. Ich denke auch, wir könnten in der Verwaltung etwas sparen, weil keine 2 Systeme unterhalten werden müssten.

Jetzt aber die Probleme:

- erstmal kommen 20% mehr Lohnkosten für alle Beamten, denn der AG-Anteil muss bezahlt werden und der AN-Anteil kann ja nicht vom bestehenden Gehalt abgezogen werden, denn sonst hätten wir eine 10%ige Lohnkürzung und das wäre nicht mehr amtsangemessen.
- dann müssten die Gehälter weiter um mindestens 10% steigen, denn Beamte müssen dann mehr private Vorsorge betreiben um die neu entstandene Rentenlücke zu schließen.
- und zuletzt eigentlich das krasseste Argument: wenn alle bestehenden Beamte sofort wechseln müssen, dann erleiden sie einen riesen Verlust, weil sie sich auf Pensionszusagen verlassen haben und ja nicht für die Rentenlücke gespart haben. Dafür müssten sie Abfindungen bekommen. Rechnet das mal durch: man müsste den monatlich fehlenden Betrag mal die erwartete Bezugsdauer nehmen. Zum Beispiel bei 1000 € Differenz und durchschnittlich 15 Jahre Rentenbezug wären das $1000 \times 12 \times 15 = 180.000$ €. Gut, wahrscheinlich müsste man das noch abzinsen, aber erklären mal Onkel Horst, warum alle Beamten über 50 Jahren auf einen Schlag 150.000€ pro Person ausgezahlt bekommen sollen?
- Ah, und ganz vergessen: alle RV Beiträge für die vergangenen Dienstjahre müsste der Staat ja auch noch nachzahlen.

Beitrag von „Yummi“ vom 11. Mai 2025 10:05

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/int...haffte-1.505562>

Für den Fall dass in Diskussionen immer wieder die Schweiz als Beispiel für die Abschaffung des Beamtentums herangezogen wird

Zum Topic:

Sollen sie es abschaffen. Bei einer 35 Stunden Woche als Gegenzug (neben dem finanziell massiven Ausgleich) und knallharter Arbeitszeiterfassung erwarte ich eher dass von dieser Idee Abstand genommen wird.

Andererseits ist Verdi so schlecht als Verhandlungspartner dass die AG die schlimmsten Auswirkungen wohl abgefedert bekommen.

Beitrag von „plattyplus“ vom 11. Mai 2025 10:40

Zitat von Veronica Mars

Rechnet das mal durch: man müsste den monatlich fehlenden Betrag mal die erwartete Bezugsdauer nehmen. Zum Beispiel bei 1000 € Differenz und durchschnittlich 15 Jahre Rentenbezug wären das $1000 \times 12 \times 15 = 180.000$ €. Gut, wahrscheinlich müsste man das noch abzinsen, aber erklären mal Onkel Horst, warum alle Beamten über 50 Jahren auf einen Schlag 150.000€ pro Person ausgezahlt bekommen sollen?

Die Idee klingt plausibel, aber die Berechnungsgrundlage ist falsch: Der Beamte, der heute 55 Jahre alt ist und 30 Dienstjahre vorweisen kann, müsste die von Dir genannten 10% samt Zins und Zinseszins über die Laufzeit von 30 Jahren ausgezahlt bekommen. Einfach von 15 Jahren Rentenbezugsdauer auszugehen berücksichtigt nicht die individuelle tatsächliche Lebensdauer.

Was macht in deinem Fall der Beamte, der älter wird als 82?

Beitrag von „NRW-Lehrerin1976“ vom 11. Mai 2025 10:43

Und täglich grüßt das Murmeltier: Das wird in unserem derzeitigen politischen System nie kommen, denn es würde im Heute viel Staub aufwirbeln, wobei die Benefits des Resultats erst im Morgen sichtbar werden würden.

Beitrag von „DeadPoet“ vom 11. Mai 2025 10:45

Ich kenne einige Kolleginnen und Kollegen (und auch im Forum war es immer mal wieder Thema), die in der zweiten Hälfte ihres Arbeitslebens durchaus überlegen, den Lehrberuf/das Beamtentum wieder aufzugeben (aus verschiedenen Gründen, die Wenigsten aber, weil sie "ungeeignet" wären). Das Thema Rente vs Pension ist da durchaus ein Faktor, der viele dazu bringt, in diesem Beruf zu bleiben (Verlust der Pensionsansprüche, Nachversicherung usw.). Ich glaube, mit so einer Maßnahme, würde es noch schwerer, gutes Personal für Beamtenstellen zu finden. Die Unkündbarkeit ist toll, aber im Lauf der Zeit sieht man halt auch die Gegenleistungen, die man für dieses "besondere Verhältnis" erbringen muss (kein Streikrecht, der Arbeitgeber kann so einfach im Vorbeigehen mal die Arbeitszeit erhöhen, die Arbeitsbedingungen verschlechtern etc). Je älter man wird, desto mehr ist die Pension ein Thema.

Wenn überhaupt, dann kann ich mir das bei Neueinsteigern vorstellen - aber siehe oben. Die CDU hat der Idee ja schon eine Absage erteilt ... und ich frage mich immer wieder, was PolitikerInnen dazu bringt, so eine Aussage rauszuhauen, die allem Anschein nach nicht abgesprochen ist, die keine Mehrheit hat usw. Versuchsballon? Ist das Thema dafür nicht etwas zu ernst?

Beitrag von „Moebius“ vom 11. Mai 2025 10:50

Systemänderungen können sowieso nur zukünftige Beamte betreffen, bei den aktuell Beschäftigten könnte man höchstens graduelle Kürzungen in sehr begrenztem Rahmen rechtlich auch umsetzen, alles andere werden Gerichte kassieren.

Oft dient die Debatte auch diesem Zeck - es wird laut über die Abschaffung von gefühlten Privilegien diskutiert, dann stellt man fest, dass das nicht geht, um dann aber zumindest ein paar Kürzungen durchzusetzen, damit "die Beamten auch ihren Beitrag leisten".

Mein Herz hängt nicht am Beamtenstatus, in der Summe wird man sich keine Änderungen am System leitesn können, die den Beruf unattraktiver machen und auch keine, die dazu führen, dass unattraktive Regionen und Schulformen oder Fächer mit starker Konkurrenz in der Wirtschaft nicht mehr versorgt werden können, das ist jetzt schon ein harter Kampf.

Beitrag von „Veronica Mars“ vom 11. Mai 2025 10:56

 [Zitat von plattyplus](#)

Die Idee klingt plausibel, aber die Berechnungsgrundlage ist falsch: Der Beamte, der heute 55 Jahre alt ist und 30 Dienstjahre vorweisen kann, müsste die von Dir genannten 10% samt Zins und Zinseszins über die Laufzeit von 30 Jahren ausgezahlt bekommen. Einfach von 15 Jahren Rentenbezugsdauer auszugehen berücksichtigt nicht die individuelle tatsächliche Lebensdauer.

Was macht in deinem Fall der Beamte, der älter wird als 82?

Wobei die Beträge bei deinem Rechenweg wahrscheinlich ähnlich hoch wären.

Statistische Rechenverfahren, die eine durchschnittliche Alterserwartung verwenden sind bei Versicherungen normal, also durchaus anwendbar.

Bei deiner Rechenart müsste man ja auch diskutieren, ob man durchschnittliche Spargbuchzinsen oder die Rendite von ETFs als Grundlage nimmt.

Beitrag von „s3g4“ vom 11. Mai 2025 11:18

[Zitat von Gymshark](#)

Keiner entscheidet sich aus Geldgründen gegen den Lehrberuf

Also ich hätte mich definitiv dagegen entschieden, wenn die Rechnung nicht gepasst hätte. Da bin ich sicherlich auch nicht alleine. Die beruflichen Schulen wären ziemlich leer

Beitrag von „Gymshark“ vom 11. Mai 2025 11:49

[Zitat von s3g4](#)

Also ich hätte mich definitiv dagegen entschieden, wenn die Rechnung nicht gepasst hätte. Da bin ich sicherlich auch nicht alleine. Die beruflichen Schulen wären ziemlich

leer

Ich habe nicht geschrieben, dass Lehrkräften ihre Besoldung egal ist, aber dass sie damit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen schon sehr gut verdienen. Es gibt nur wenige Arbeitsbereiche, in denen man ohne Führungsposition oder Tätigkeit in der öffentlichkeitswirksamen Unterhaltung (Model/Musiker/Fußballer/Schauspieler o.ä.) auf Anhieb ähnlich gut verdient.

Beitrag von „SteffdA“ vom 11. Mai 2025 12:03

[Zitat von Kris24](#)

...viele schreiben, dass sie es für das Geld tun.

Von irgendwas muß man leben. Luft und Liebe reichen da nicht.

[Zitat von Veronica Mars](#)

Es scheint aber für den Staat insgesamt teurer zu sein,...

Das scheint nicht nur so. Mein Dienstherr beteiligt sich über die beihilfe nur dann an meinen Gesundheitskosten, wenn ich tatsächlich krank bin. Bin ich gesund tut er das nicht, er spart sich den in anderen Bereichen zu zahlenden Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung.

Solange man also länger gesund ist als krank spart der Dienstherr.

Beitrag von „s3g4“ vom 11. Mai 2025 12:26

[Zitat von Gymshark](#)

Ich habe nicht geschrieben, dass Lehrkräften ihre Besoldung egal ist, aber dass sie damit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen schon sehr gut verdienen. Es gibt nur wenige Arbeitsbereiche, in denen man ohne Führungsposition oder Tätigkeit in der öffentlichkeitswirksamen Unterhaltung (Model/Musiker/Fußballer/Schauspieler o.ä.) auf Anhieb ähnlich gut verdient.

Das stimmt so einfach nicht. Das wurde auch schon ausreichend hier diskutiert.

Im Umkehrschluss bedeutet die Besoldung aber auch nicht dass man auf die Pension verzichten kann. Mit den Grundgehältern kommt man auf lächerliche Renten in der DRV. Ohne gewaltige Erhöhungen wird die Verfassung gebrochen.

Beitrag von „Sommertraum“ vom 11. Mai 2025 12:43

Zitat von DeadPoet

Ich kenne einige Kolleginnen und Kollegen (und auch im Forum war es immer mal wieder Thema), die in der zweiten Hälfte ihres Arbeitslebens durchaus überlegen, den Lehrberuf/das Beamtentum wieder aufzugeben (aus verschiedenen Gründen, die Wenigsten aber, weil sie "ungeeignet" wären). Das Thema Rente vs Pension ist da durchaus ein Faktor, der viele dazu bringt, in diesem Beruf zu bleiben (Verlust der Pensionsansprüche, Nachversicherung usw). Ich glaube, mit so einer Maßnahme, würde es noch schwerer, gutes Personal für Beamtenstellen zu finden. Die Unkündbarkeit ist toll, aber im Lauf der Zeit sieht man halt auch die Gegenleistungen, die man für dieses "besondere Verhältnis" erbringen muss (kein Streikrecht, der Arbeitgeber kann so einfach im Vorbeigehen mal die Arbeitszeit erhöhen, die Arbeitsbedingungen verschlechtern etc). Je älter man wird, desto mehr ist die Pension ein Thema.

Das trifft tatsächlich auf mich zu. Ich hätte dem Schuldienst schon längst den Rücken gekehrt, wenn die finanziellen Auswirkungen nicht so enorm wären. Nach 30 Dienstjahren ist ein Wechsel deshalb nahezu unmöglich. Alleine in meinem Kollegium gibt es mehrere mit diesen Gedanken, denn unser Mittelschul-Alltag ist inzwischen so belastend, dass es schwer ist, ihn gesund durchzustehen.

Gäbe es die Möglichkeit des problemloseren Ausstiegs, müssten unser Dienstherr die Arbeitsbedingungen anpassen, denn freiwillig tut sich irgendwann keiner mehr diesen Job an. A13 für alle wurde auch nur deshalb beschlossen, weil seit Jahren (verständlicherweise) keiner mehr Lehramt für Mittelschulen studiert. Warum wohl haben sich seitdem die Studentenzahlen nicht erhöht? Warum verschließt unser Dienstherr die Augen so sehr?

Beitrag von „Moebius“ vom 11. Mai 2025 12:49

Auch im öffentlichen Dienst gibt es eine betriebliche Altersvorsorge für Angestellte, genau wie in fast allen größeren Firmen mit Tarifvertrag. Mit dieser ist es durchaus möglich, die Lücke zwischen den Pensionen von Beamten und den Renten von Angestellten auf vergleichbaren Posten weitgehend zu schließen, zumindest für die Generationen, die aktuell in Pension / Rente gehen.

Beitrag von „s3g4“ vom 11. Mai 2025 12:54

Zitat von Moebius

Auch im öffentlichen Dienst gibt es eine betriebliche Altersvorsorge für Angestellte, genau wie in fast allen größeren Firmen mit Tarifvertrag. Mit dieser ist es durchaus möglich, die Lücke zwischen den Pensionen von Beamten und den Renten von Angestellten auf vergleichbaren Posten weitgehend zu schließen, zumindest für die Generationen, die aktuell in Pension / Rente gehen.

Wegen mir soll der Staat die Lücke weiterhin über das Versorgungswerk schließen. Ist dann aber auch nur wieder linke Tasche rechte Tasche. Am Ende die dieser Vorstoß sozialdemokratischer Populismus.

Beitrag von „Gymshark“ vom 11. Mai 2025 12:59

Ich wage zu behaupten, für A15 würden auch nicht mehr Leute den Job machen. Gerade in der Mittelschule wäre wichtig, dass Lehrkräfte schnell und nachhaltig eingreifen können dürfen, wenn die Unterrichtssituation zu eskalieren droht. Da sind aktuell die bürokratischen Hürden *viel* zu hoch.

Es gibt Statistiken, nach denen an 59% der Haupt-, Real- und Gesamtschulen Lehrkräfte beschimpft, beleidigt und bedroht werden. Verständlich, dass junge Leute keinen Bock haben, unter solchen Voraussetzungen zu arbeiten.

Deswegen: Auch in der Mittelschule muss der Schwerpunkt wieder stärker zum Unterrichten zurück, was nur dadurch möglich ist, wenn Lehrkräfte schneller einen den Unterricht sabotierenden Schüler (m/w/d) aus der Unterrichtssituation herausnehmen dürfen. Ja, auch wenn dann am Ende der Stunde nur noch die Hälfte der Mannschaft im Raum sitzt. Ja, auch

wenn die Polizei anrücken muss, und ja, auch wenn die Eltern das Ganze am Ende bezahlen dürfen.

Beitrag von „Moebius“ vom 11. Mai 2025 13:05

[Zitat von Gymshark](#)

Ich wage zu behaupten, für A15 würden auch nicht mehr Leute den Job machen. Gerade in der Mittelschule wäre wichtig, dass Lehrkräfte schnell und nachhaltig eingreifen können dürfen, wenn die Unterrichtssituation zu eskalieren droht.

Zur Wahrheit gehört da aber auch, dass ein Großteil der heutigen Lehrkräfte schon die aktuell möglichen Maßnahmen nicht selber anwenden möchte.

Wir haben bei uns eine klar definierte Eskalationsleiter bei Fehlverhalten im Unterricht, regelmäßig stehen die gleichen Kolleginnen bei mir als Klassenlehrer im Lehrerzimmer und beschwerten sich über das fürchterliche Verhalten einzelner Schüler und erwarten dann von mir, dass ich das Problem löse, obwohl sie selber nicht mal willens sind, Schritt 1 der Eskalationsleiter zu betreten (eine einfach erzieherische Maßnahme, für die die betroffene Lehrkraft nun mal eindeutig selber zuständig ist), weil sich dann "ja die Eltern wieder beschwerten und der Schüler sowieso nichts einsieht".

Viele Probleme sind hausgemacht.

Beitrag von „chemikus08“ vom 11. Mai 2025 14:46

[Moebius](#)

Zwischen der Rente plus der Zusatzversicherung und der Pension der entsprechenden Beamten klafft dennoch eine Lücke von mindestens 500 Euro.

Beitrag von „plattyplus“ vom 11. Mai 2025 15:46

[Zitat von Gymshark](#)

Ich habe nicht geschrieben, dass Lehrkräften ihre Besoldung egal ist, aber dass sie damit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen schon sehr gut verdienen.

Was verdient das ärztliche Personal im Krankenhaus? Da wir eine ähnlich lange Ausbildung haben, müssen wir uns mit denen vergleichen und nicht mit der Krankenschwester.

Beitrag von „plattyplus“ vom 11. Mai 2025 15:54

[Zitat von Moebius](#)

Zur Wahrheit gehört da aber auch, dass ein Großteil der heutigen Lehrkräfte schon die aktuell möglichen Maßnahmen nicht selber anwenden möchte.

Dem muss ich leider zustimmen. Wenn man Kollegen aus anderen Schulen erklärt, dass man bei uns als Klassenlehrer auch mal „nebenbei“ Schüler nach §47 Absatz 8 Schulgesetz NRW nach 20 unentschuldigten Fehltagen am Stück ausschult, gucken die einen nur mit großen Augen an. So etwas wäre an ihren Schulen undenkbar.

Beitrag von „Seph“ vom 11. Mai 2025 16:07

[Zitat von plattyplus](#)

Dem muss ich leider zustimmen. Wenn man Kollegen aus anderen Schulen erklärt, dass man bei uns als Klassenlehrer auch mal „nebenbei“ Schüler nach §47 Absatz 8 Schulgesetz NRW nach 20 unentschuldigten Fehltagen am Stück ausschult, gucken die einen nur mit großen Augen an. So etwas wäre an ihren Schulen undenkbar.

...was wiederum in §47 Absatz 2 SchulG NRW normiert ist. Es ist aus guten Gründen nicht so einfach, einen noch schulpflichtigen Schüler einfach vor die Tür zu setzen. Das hat dann also nicht mit dem Unwillen anderer Schulen zu tun, sondern dass sich diese schlicht mit einem anderen Klientel beschäftigen und sich an die dazu passenden Normen halten müssen.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 11. Mai 2025 16:54

[Zitat von plattyplus](#)

Was verdient das ärztliche Personal im Krankenhaus? Da wir eine ähnlich lange Ausbildung haben, müssen wir uns mit denen vergleichen und nicht mit der Krankenschwester.

Du meinst das ärztliche Personal mit 6 Jahren Medizinstudium und 5 Jahren Facharzt?

Beitrag von „plattyplus“ vom 11. Mai 2025 17:16

[Zitat von chilipaprika](#)

Du meinst das ärztliche Personal mit 6 Jahren Medizinstudium und 5 Jahren Facharzt?

Genau!

Ich spreche bei uns von dem fünfjährigen Studium, dem einjährigen Industriepraktikum bzw. der dreijährigen Berufsausbildung vorab (für die Berufsschule) und dem zweijährigen Referendariat.

Da sind wir dann am Ende auch bei 10 Jahren.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 11. Mai 2025 17:33

die Ausbildung ist keine Voraussetzung, sondern wird entsprechend anerkannt, soweit ich weiß. (und wenn überhaupt: viele Ausbildungen können doch verkürzt werden, wenn man das Abitur hat, oder?)

Wir sind also bei 7,5 vs. 11.

Beitrag von „s3g4“ vom 11. Mai 2025 17:38

[Zitat von chilipaprika](#)

die Ausbildung ist keine Voraussetzung, sondern wird entsprechend anerkannt, soweit ich weiß. (und wenn überhaupt: viele Ausbildungen können doch verkürzt werden, wenn man das Abitur hat, oder?)

Wir sind also bei 7,5 vs. 11.

Dann sind es eben 5 Jahre Studium + 1 Jahr Praxis + 2 Jahre Vorbereitungsdienst. Sind 8 Jahre. Bei uns gibt es diese Praxisjahr für berufliche Schulen leider nicht 😞

Beitrag von „chilipaprika“ vom 11. Mai 2025 17:53

der Vorbereitungsdienst dauert bei uns in NRW 18 Monate.

Und kommt nicht mit Lücken und so, die gibt es auch bei Ärzten, ich bin sogar ziemlich sicher, dass seeeeeehr viele Ärzte die 5 Jahre Assistenz überschreiten (sei es wegen Praxis, wegen mehr Zeit für die Prüfungsvorbereitung oder wegen Unterbrechung und Wechsel des Standortes..).

Man (Platty) sollte aufhören, sich da zu vergleichen, wo es nicht vergleichbar ist. Wir sind keine Krankenpfleger oder Busfahrer, aber auch nicht Chirurgen (und die Chirurgen haben eine 6-jährige Facharzt-Assistenzzeit, also 12 Jahre, statt 11). Und nicht wenige Ärzte verdienen weniger als wir.

Beitrag von „plattyplus“ vom 11. Mai 2025 17:59

[Zitat von chilipaprika](#)

der Vorbereitungsdienst dauert bei uns in NRW 18 Monate.

Du weißt aber auch, daß er früher 24 Monate dauerte? Heute dauert er nur noch 18 Monate, allerdings muss zuvor ein 6 monatiges Schulpraktikum abgeleistet werden, das es so früher nicht gab. So gesehen ist man dann auch wieder bei 24 Monaten, nur werden heute die ersten 6 Monate nicht mehr bezahlt.

Beitrag von „s3g4“ vom 11. Mai 2025 18:02

Zitat von chilipaprika

der Vorbereitungsdienst dauert bei uns in NRW 18 Monate.

Und kommt nicht mit Lücken und so, die gibt es auch bei Ärzten, ich bin sogar ziemlich sicher, dass seeeeeehr viele Ärzte die 5 Jahre Assistenz überschreiten (sei es wegen Praxis, wegen mehr Zeit für die Prüfungsvorbereitung oder wegen Unterbrechung und Wechsel des Standortes..).

Man (Platty) sollte aufhören, sich da zu vergleichen, wo es nicht vergleichbar ist. Wir sind keine Krankenpfleger oder Busfahrer, aber auch nicht Chirurgen (und die Chirurgen haben eine 6-jährige Facharzt-Assistenzzeit, also 12 Jahre, statt 11). Und nicht wenige Ärzte verdienen weniger als wir.

Kliniken	Einstiegsgehalt als Assistenzarzt
Kommunales Klinikum	5.499 €
Universitätskliniken	5.626 €
Helios Kliniken	5.507 €
Helios (ehem. Rhön) Kliniken	5.460 €
Rhön Kliniken	5.473 €
Asklepios Kliniken	5.430 €
Sana Kliniken	5.398 €
KMG Kliniken	5.417 €
Caritas Kliniken	5.288 €
Diakonie Kliniken	5.412 €

Naja während der Facharztausbildung wird aber nicht am Hungertuch genagt. Und irgendwelche Lücken verantwortet man meistens selbst. Ich auch.

Meinen Ausbildung für meine jetzige Tätigkeit waren 3 Jahre Ausbildung, 4 Jahre Diplomstudium, 2 Jahre Masterstudium, 21 Monate Vorbereitungsdienst. Macht also genau 10 Jahre und 9 Monate + keine Ahnung wie viele Monate zwischendrin. Da habe ich noch keine meiner Weiterbildungen gezählt.

Nein wir sind keine Ärzte, genauso wenig sind wir Volljuristen. Beide Berufsgruppen haben aber wie wir die Zugangsvoraussetzungen für den höheren Dienst. Also kein Unterschied.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 11. Mai 2025 18:17

Zitat von plattyplus

Du weißt aber auch, daß er früher 24 Monate dauerte? Heute dauert er nur noch 18 Monate, allerdings muss zuvor ein 6 monatiges Schulpraktikum abgeleistet werden, das es so früher nicht gab. So gesehen ist man dann auch wieder bei 24 Monaten, nur werden heute die ersten 6 Monate nicht mehr bezahlt.

Ja, früher 24 Monate, aber da dauerten die meisten Lehrämter auch nur 9 Semester. (Nein, ich werde nicht die NRW-Studienordnung fürs BK-Lehramt von vor 20 Jahren raussuchen, falls ihr ausnahmsweise 10 hattet).

Die 6 Monate Praktikum sind ein Teil des jetzigen 10 semestrigen Studiums, also weiterhin: 5 Jahre.

Ja zum Argument "Zugang zum höheren Dienst", nein zu "vergleichbare Ausbildungslänge".

Zitat von s3g4

Meinen Ausbildung für meine jetzige Tätigkeit waren 3 Jahre Ausbildung, 4 Jahre Diplomstudium, 2 Jahre Masterstudium, 21 Monate Vorbereitungsdienst. Macht also genau 10 Jahre und 9 Monate + keine Ahnung wie viele Monate zwischendrin. Da habe ich noch keine meiner Weiterbildungen gezählt.

Ja, aber es war alles nicht der vorgegebene Weg (auch wenn es vermutlich einer der häufigsten Wege und BK/BBS ist vermutlich eh eine der Ausnahmen, insbesondere bei den Quereinsteiger*innen).

Meine Regelstudienzeit betrug 9 Semester + 24 Semester Referendariat.

Da ich meine 9 Semester ziemlich lange gezogen haben UND pausiert habe, habe ich mir sogar 6 Monate im Ref gespart 😄 Da komme ich nicht auf die Idee, mein langes Studieren, meine Erweiterungsfächer und Zusatzqualifikationen als Voraussetzung für das Lehramt anzusehen. (dürften sich aber natürlich gerne (finanziell, stundendeputatsmäßig oder im Ansehen) auszahlen. Haha)

Beitrag von „Gymshark“ vom 11. Mai 2025 18:20

Davon abgesehen, dass im Gegensatz zu Juristen und Ärzten im Lehrberuf auch Studenten und Quereinsteiger arbeiten dürfen. Am grundsätzlichen Mangel liegt es nicht, denn einen Mangel an Hausärzten und Richtern gibt es bereits länger.

Beitrag von „kodi“ vom 11. Mai 2025 18:28

Man sollte nur das vergleichen, was auch vergleichbar ist. Das betrifft sowohl die Ausbildungsdauer, Verantwortung als auch den Arbeitgeber.

Die Amtsärzte sind im öffentlichen Dienst übrigens trotz umfangreicherer Ausbildung wie Lehrer eingeordnet A13 bis A16 (Leiter des Gesundheitsamts).

Beitrag von „Kris24“ vom 11. Mai 2025 18:36

Bei mir dauerte das Studium 6 Jahre (kürzer war dank Prüfungsordnung nicht möglich) und das Referendariat 2 Jahre und ich habe so kurz wie möglich studiert (fast alle meiner Mitreferendare haben für das Studium 1 Jahr länger benötigt). Ich habe bis zum Schluss Bafög erhalten, weil klar war, dass es nicht schneller ging.

Also mindestens 8 Jahre Ausbildung (im letzten Jahrtausend), die meisten 9 Jahre. Dafür habe ich ein fast vollständiges Chemiediplomstudium inkl. Staatsexamenarbeit, die ich als Diplomarbeit hätte anerkennen lassen können und ein Mathediplomstudium ohne Diplomarbeit. Spezielle Lehramtstudiengänge gab es nicht.

Beitrag von „Moebius“ vom 11. Mai 2025 19:44

Um auf klassischem Wege Sushi-Meister zu werden, braucht man auch bis zu 15 Jahre und ich bezweifle, dass die verdienen, wie Ärzte.

Diese Diskussion ist müßig und der Vergleich alleine anhand einer einzigen Kennziffer ziemlicher Quatsch.

Beitrag von „Kris24“ vom 11. Mai 2025 20:27

Zitat von Moebius

Um auf klassischem Wege Sushi-Meister zu werden, braucht man auch bis zu 15 Jahre und ich bezweifle, dass die verdienen, wie Ärzte.

Diese Diskussion ist müßig und der Vergleich alleine anhand einer einzigen Kennziffer ziemlicher Quatsch.

Mich hat oben die Diskussion genervt, dass wir alle "ein Schmalspurstudium" haben (Grund meiner "Ichbotschaft").

Wichtiger ist der Arbeitgeber. Mercedes und Porsche (dank eines ehemaligen Schülers durfte ich einmal an einer "Spezialführung" teilnehmen) zahl(t)en weitaus mehr als der Staat. Dafür wurden wir verbeamtet. Und viele meiner Schülerinnen und Schüler schauen genau hin (und entscheiden sich dann gegen das Lehramtstudium, zumal sie sehen, dass es auch per Quereinstieg geht). Wenn der Verdienst geringer wird, werden noch weniger erfolgreiche sich dafür entscheiden.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 11. Mai 2025 22:39

Zitat von Gymshark

s nur dadurch möglich ist, wenn Lehrkräfte schneller einen den Unterricht sabotierenden Schüler (m/w/d) aus der Unterrichtssituation herausnehmen dürfen

Dürfen sie, aber meiner Erfahrung nach machen das die meisten nicht.

Beitrag von „Gymshark“ vom 11. Mai 2025 23:41

Unwissenheit? Falsche Toleranz? S*dom*chismus?

Beitrag von „CDL“ vom 12. Mai 2025 00:19

Zitat von Gymshark

Unwissenheit? Falsche Toleranz? S*dom*chismus?

Falsche Toleranz trifft es wohl am besten. Verschärft wird das, wenn die eigene Schulleitung nicht mitzieht, selbst wenn es zu gewalttätigen Übergriffen auf Lehrpersonen kommt.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 12. Mai 2025 07:54

Die Rechnung geht doch so oder so nicht auf - ganz unabhängig von der Frage, ob BeamtInnen einzahlen oder nicht.

Dazu braucht man keine großen Rechenkünste. Wenn ich als Akademiker 25 bis 30 Jahre alt werden muss, um überhaupt Leistungen zu erbringen bzw. "einzuzahlen", dann zwischen 30 und 35 Jahre einzahle und im Anschluss noch einmal im Extremfall dieselbe Zeit Leistungen beziehe, dann kann das Geld nicht reichen. Das gilt für das Rentenversicherungssystem genauso wie für das Pensionssystem. Wenn da nicht aus Steuermitteln erheblich bezuschusst wird, geht da gar nichts.

Adenauers Rentenreform war ein kolossaler Irrtum nach dem Motto "Kinder kriegen die Leute immer". Wenn das Verhältnis zwischen Beitragszahlenden und Leistungsempfängern sich einem eins zu eins annähert, müssen entweder die Beiträge erhöht oder die Leistungen gekürzt (oder beides) werden. Wahlweise werden der Bundes- und der jeweilige Landeshaushalt durch Renten-, Pensions- und Sozialleistungen eben erheblich belastet.

Da helfen dann die moralinsauren Biographien von Tante Erna, die 40 Jahre lang Schuhe verkauft hat und jetzt eine Mini-Rente erhält, leider wenig weiter, außer dass sie Neiddebatten schüren und sozialen Unfrieden stiften.

Zitat von Bolzbold

Die Rechnung geht doch so oder so nicht auf - ganz unabhängig von der Frage, ob BeamtInnen einzahlen oder nicht.

(1) Dazu braucht man keine großen Rechenkünste. Wenn ich als Akademiker 25 bis 30 Jahre alt werden muss, um überhaupt Leistungen zu erbringen bzw. "einzuzahlen", dann zwischen 30 und 35 Jahre einzahle und im Anschluss noch einmal im Extremfall dieselbe Zeit Leistungen beziehe, dann kann das Geld nicht reichen. Das gilt für das Rentenversicherungssystem genauso wie für das Pensionssystem. Wenn da nicht aus Steuermitteln erheblich bezuschusst wird, geht da gar nichts.

(2) Adenauers Rentenreform war ein kolossaler Irrtum nach dem Motto "Kinder kriegen die Leute immer". Wenn das Verhältnis zwischen Beitragszahlenden und Leistungsempfängern sich einem eins zu eins annähert, müssen entweder die Beiträge erhöht oder die Leistungen gekürzt (oder beides) werden. Wahlweise werden der Bundes- und der jeweilige Landeshaushalt durch Renten-, Pensions- und Sozialleistungen eben erheblich belastet.

(3) Da helfen dann die moralinsauren Biographien von Tante Erna, die 40 Jahre lang Schuhe verkauft hat und jetzt eine Mini-Rente erhält, leider wenig weiter, außer dass sie Neiddebatten schüren und sozialen Unfrieden stiften.

Zum ersten Abschnitt: Da gehe ich voll mit. Am Ende wäre ein gangbarer Vorschlag (auch wenn er für uns alle unangenehm ist, weil wir länger arbeiten müssten) der, dass von der gewonnenen Lebenserwartung ein Anteil in zusätzliche Arbeitszeit und ein Anteil in Renten-/Pensionszeit fließen würde. Finanziell werden uns beide Systeme um die Ohren fliegen (und das ist schon seit Jahrzehnten bekannt).

Zum zweiten Abschnitt: So radikal würde ich das nicht als kolossalen Irrtum bezeichnen, denn zu der Zeit und in der direkten Folgezeit war das sinnig. Der Pillenknick, den es dann während einer späteren Politik-Generation gab und dessen Folgen klar waren, der hat bei der dann tätigen Generation nicht zu einem Umsteuern des Systems geführt. Ich würde es so formulieren: Die in den 50ern logisch scheinende These Adenauers wurde bei seinen Nachfolgern/innen trotz der offensichtlich veränderten Realität nicht upgedatet und das war bei denen dann kein kolossaler Irrtum sondern eine kolossale Verantwortungslosigkeit.

Und beim Abschnitt 3 gehe ich wieder konform mit dir.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 12. Mai 2025 08:17

Zitat von Finnegans Wake

Zum zweiten Abschnitt: So radikal würde ich das nicht als kolossalen Irrtum bezeichnen, denn zu der Zeit und in der direkten Folgezeit war das sinnig. Der Pillenknick, den es dann während einer späteren Politik-Generation gab und dessen Folgen klar waren, der hat bei der dann tätigen Generation nicht zu einem Umsteuern des Systems geführt. Ich würde es so formulieren: Die in den 50ern logisch scheinende These Adenauers wurde bei seinen Nachfolgern/innen trotz der offensichtlich veränderten Realität nicht upgedatet und das war bei denen dann kein kolossaler Irrtum sondern eine kolossale Verantwortungslosigkeit.

In der Tat. Es mutet vordergründig leichter an, ein System (un)kontrolliert zu einem noch undefinierten Zeitpunkt in der Zukunft vor die Wand fahren zu lassen, als im Vorfeld unpopuläre Entscheidungen zu treffen, die die Verantwortlichen die nächsten Wahlen kosten könnten.

Beitrag von „Moebius“ vom 12. Mai 2025 08:18

Das Rentensystem wäre nicht so in der Sackgasse, wenn man von Anfang an für jeden Beitragszahler auch eine kapitalgedeckte Komponente aufgebaut hätte, so dass heute nur noch 2/3 der Kosten durch Beiträge gedeckt werden müssten. Über die ersten 40 Jahre der Bundesrepublik wäre das auch problemlos möglich gewesen, aber welcher Politiker plant schon so langfristig, wenn man verfügbare Gelder auch kurzfristig in Dinge investieren kann, die der eigenen Wiederwahl dienen.

Auch heute könnte man sinnvolle Korrekturen vornehmen, es ist kein Geheimnis, dass diverse Zusatzrenten (Mütterrenten, etc.) der letzten 5 Jahre überwiegend Rentenempfängern zugute kommen, die bereits gut versorgt waren und nicht den hungernen Witwen. Rentenpolitik begünstigt bis heute einseitig die Rentner gegenüber den aktuellen Beitragszahlern, auch das aus wahltaktischen Gründen.

Beitrag von „Kiggie“ vom 12. Mai 2025 09:32

Zitat von chilipaprika

die Ausbildung ist keine Voraussetzung, sondern wird entsprechend anerkannt, soweit ich weiß. (und wenn überhaupt: viele Ausbildungen können doch verkürzt werden, wenn man das Abitur hat, oder?)

Wir sind also bei 7,5 vs. 11.

Ausbildung nicht, aber 52 Wochen, also 1 Jahr fachpraktische Tätigkeit. Die muss man in der Gesamt-Ausbildungszeit fürs BK schon drauf rechnen.

Meine Ausbildung konnte ich von 3,5 auf 3 Jahre verkürzen, aber nicht wegen Abitur, sondern wegen Leistungen.

Nur um das gerade zu rücken.

Ansonsten würde ich mich nicht mit angehenden Ärzt(inn)en vergleichen wollen. Aber eben auch nicht mit Pflegepersonal vom Ausbildungsweg her.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 12. Mai 2025 10:03

aber ich habe das Jahr doch darauf gerechnet?

(und mir wäre es tatsächlich lieb, wenn es wirklich ganz offiziell wäre, dass BK-Leute quasi ein 6-jähriges Studium haben (3+2+1). Ich habe zu viele Leute gesehen, denen Kellnern auch anerkannt wurde, bzw. 4 Wochen-Küchenhilfe bei Oma in den Semesterferien.

Zugegeben, ich habe einige Ausbildungen im Kopf, die viel einfacher "verkürzt" werden können, weil ich Plattys Fantasien antworte, der eben nicht im Bereich von 3,5 jährigen nicht verkürzbaren Ausbildungen ist, aber sich gerne mit dem Chirurg mit zwei Fachrichtungen vergleichen möchte.

Beitrag von „plattypus“ vom 12. Mai 2025 10:10

Zitat von chilipaprika

Zugegeben, ich habe einige Ausbildungen im Kopf, die viel einfacher "verkürzt" werden können, weil ich Plattys Fantasien antworte, der eben nicht im Bereich von 3,5 jährigen nicht verkürzbaren Ausbildungen ist, aber sich gerne mit dem Chirurg mit zwei Fachrichtungen vergleichen möchte.

Ihr vergleicht Euch hier doch so gerne mit der Krankenschwester und fabuliert dann darüber wie fürstlich wir doch bezahlt werden.

--> [RE: Tarifrunde eingeläutet](#)

Beitrag von „chilipaprika“ vom 12. Mai 2025 10:24

Ach Quatsch! Selbstverständlich vergleiche ich mich nicht mit der Krankenschwester. Aber auch nicht mit einem Chirurg, der eine OP inmitten einer 24-Stunden-Schicht macht. Auch nicht mit einem Hausarzt. Auch nicht mit einem Krankenhausorthopäde mit geregelten Arbeitszeiten.

Wie gesagt: Natürlich haben wir eine lange Ausbildung und Verantwortung und gehören im höheren Dienst. aber Argumentationen mit falschen Fakten sind angreifbar. Genauso wie ich kaum jemanden kenne, der das Staatsexamen in 9 Semestern kenne, brauchen die meisten Ärzte mehr als 6 Jahre fürs Studium. Es gibt Spielregeln. Dass die NaWi- und Technik-Quereinsteiger*innen nicht mehr Geld verdienen als die D/Ge-Kolleg*innen verdienen, gehört leider genauso dazu, wie dass ich auch nicht mehr Geld dafür, dass ich Muttersprachlerin bin, oder dafür dass ich vier Fächer vollständig studiert habe oder dafür, dass ich Zusatzqualifikationen habe oder dafür, dass eine Kollegin in der Fachdidaktik promoviert wurde.

Beitrag von „Dr. Caligiari“ vom 12. Mai 2025 11:23

[Zitat von RosaLaune](#)

Für bisherige Beamte wird ein Wechsel kaum rechtssicher machbar sein, das heißt die Beamten, die derzeit Abgeordnete im Bundestag sind, werden nicht unter dieser Entscheidung zu leiden haben.

Ach mit 2/3 Mehrheit ist doch alles möglich. Wo das Geld für die Pensionen herkommen soll, weiß ja eh niemand.

Beitrag von „Dr. Caligiari“ vom 12. Mai 2025 11:27

[Zitat von Seph](#)

Zumindest in den Naturwissenschaften ist das durchaus eine Überlegung vieler Kommilitonen gewesen. Der Mangel insbesondere an Chemie und Physik Lehrkräften liegt nur bedingt darin, dass es in diesen Fächern generell zu wenig Studierende gäbe, sondern dass diese in der freien Wirtschaft durchaus zu besseren Konditionen unterkommen können. Wenn man jetzt noch die geringen Vorteile des Beamtentums nivellieren sollte, dann werden nicht gerade mehr Personen ins Lehramt gelockt werden.

Es gibt keinen Mangel an Chemielehrkräften für Gymnasien / Gesamtschulen. Und dass Chemiker am Arbeitsmarkt so viel verdienen, ist ein Märchen.

Beitrag von „Dr. Caligiari“ vom 12. Mai 2025 11:30

[Zitat von chilipaprika](#)

Du meinst das ärztliche Personal mit 6 Jahren Medizinstudium und 5 Jahren Facharzt?

In den 5 Jahren Facharzt verdient man im Schnitt seine 4-5k netto. Das ist kein Referendariat.

Beitrag von „Seph“ vom 12. Mai 2025 11:36

[Zitat von Dr. Caligiari](#)

Es gibt keinen Mangel an Chemielehrkräften für Gymnasien / Gesamtschulen. Und dass Chemiker am Arbeitsmarkt so viel verdienen, ist ein Märchen.

Aha. Das sieht die Bedarfsprognose zumindest meines Bundeslandes regelmäßig anders. Dort ist unter Fächer des dringenden Bedarfs auch in diesem Jahr wieder zu lesen:

Zitat

Lehramt an Gymnasien

1. Physik
2. Informatik
3. Kunst
4. Musik

Sofern alle Bewerbungen mit einem der vorstehenden Lehrbefähigungsfächer berücksichtigt wurden, werden die Fächer Chemie, Mathematik sowie Werte und Normen berücksichtigt.

Alles anzeigen

Ich räume aber gerne ein, dass diese unterschiedliche Wahrnehmung darin begründet sein kann, wie man den Begriff "Mangel" definiert. Es fällt bislang zumindest nicht in größerem Maßstab der Chemie-Unterricht aus.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 12. Mai 2025 11:37

brutto.

Und trotzdem ist es ein notwendiger Teil der Qualifikation.

Ist es so kompliziert, keine falsche Fakten in seiner Argumentation einzustreuen?

Beitrag von „Kris24“ vom 12. Mai 2025 12:00

[Zitat von Dr. Caligiari](#)

Es gibt keinen Mangel an Chemielehrkräften für Gymnasien / Gesamtschulen. Und dass Chemiker am Arbeitsmarkt so viel verdienen, ist ein Märchen.

Wie ich vor der Entscheidung stand Promotionstelle oder Referendariat (beide ungefähr gleich bezahlt, natürlich dauert eine Promotion in Chemie länger, bei Medizinerinnen war sie übrigens deutlich kürzer) war das Durchschnittsgehalt promovierter Chemiker höher als aller Ärzte (sogar noch höher als Zahnärzte) und vor allem gab es genug freie Stellen, im Gegensatz zu Lehrern. Ja, Zeiten ändern sich.

Und ich schrieb schon mehrfach, ich kenne kaum Chemielehrer unter 55. Ein Mitforist bestätigte dies.

Beitrag von „Finnegans Wake“ vom 12. Mai 2025 12:59

Beim Vergleich von Einkommen kommt hinzu, dass manche einfach nur das Monatsnetto vergleichen. Wenn da die PKV abgezogen wird und dann berücksichtigt wird, dass man in der Industrie in der Regel ein 13. Monatsgehalt hat, verändert sich das Bild.

Wenn ich mal so vergleiche, womit ich als normaler Sachbearbeiter mit relativ wenigen Berufsjahren aus der Industrie ausgestiegen bin und das auf heute mit den Tarifierhöhungen hochrechne, dann ist der Einstieg mit A13 auf Stufe 4 in RLP deutlich hintendran (gleiche Steuerklasse). Das muss den jungen Siemens-Ingenieur schon sehr intrinsisch motivieren, um heute Lehrer werden zu wollen. Das Geld wäre es nicht.

Jetzt das aber: Mit Kindern und Beförderungen und der späteren Jobsicherheit ändert sich aber auch später(!) wieder das Bild.

Was die Pension angeht: Die betriebliche Altersvorsorge war in meiner Industriezeit so gut, dass ein ziemlicher Zuschlag zur Rente zu erwarten war und damit sehr nah an einer Pension. Ich persönlich hatte da das Pech, 1,5 Jahre zu früh auszusteigen 😊 So habe ich nur die kleine Anwartschaft mitgenommen und nicht die große (mit einem Vielfachen). Wäre praktisch gewesen, da die im Gegensatz zu den Rentenansprüchen nicht auf die Pension angerechnet wird (soweit ich weiß).

Beitrag von „Kathie“ vom 12. Mai 2025 14:18

Zitat von Gymshark

Ich habe nicht geschrieben, dass Lehrkräften ihre Besoldung egal ist, aber dass sie damit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen schon sehr gut verdienen. Es gibt nur wenige Arbeitsbereiche, in denen man ohne Führungsposition oder Tätigkeit in der öffentlichkeitswirksamen Unterhaltung (Model/Musiker/Fußballer/Schauspieler o.ä.) auf Anhieb ähnlich gut verdient.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Gehälter von Lehrkräften stark variieren, von A12 bis etwa A14 oder höher.

Beitrag von „chemikus08“ vom 12. Mai 2025 14:20

Zitat von Kathie

möchte darauf hinweisen, dass die Gehälter von Lehrkräften stark variieren, von A12 bis etwa A14 oder höher.

Und bei den Angestellten von EG 9 bis EG 13 und in Ausnahmefällen auch bis EG15

Beitrag von „Kathie“ vom 12. Mai 2025 14:24

Zitat von Gymshark

Ich wage zu behaupten, für A15 würden auch nicht mehr Leute den Job machen. Gerade in der Mittelschule wäre wichtig, dass Lehrkräfte schnell und nachhaltig eingreifen können dürfen, wenn die Unterrichtssituation zu eskalieren droht. Da sind aktuell die bürokratischen Hürden *viel* zu hoch.

Das lese ich auch häufig, meist von Gymnasiallehrern, die sowieso A14 aufwärts verdienen.

Wobei ich dir zustimme, dass die Belastung auch anderweitig reduziert werden müsste, nicht (nur) durch finanzielle Anreize.

Beitrag von „WillG“ vom 12. Mai 2025 14:53

Zitat von Kathie

Das lese ich auch häufig, meist von Gymnasiallehrern, die sowieso A14 aufwärts verdienen.

Gymnasiallehrer verdienen erstmal A13Z. Eine Regelbeförderung gibt es meines Wissens nur noch in Bayern (und evtl. BaWü?).

Ansonsten ist die Beförderung auf A14 mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben und Verantwortungen verbunden.

Das nur als Richtigstellung. Dem Geist der Aussage, dass es sich auch von einer A13Z Position herunter leicht argumentieren lässt, dass eine Besoldungsanhebung für A12-Lehrkräfte auch nichts bringt, teile dennoch.

Beitrag von „Morse“ vom 12. Mai 2025 14:54

Zitat von Opellaner

Keine Panik, die Leute, die das ausarbeiten, sind selbst Beamte.

[...]...Richter sind auch Beamte hörte ich..

Off-topic bzw. fun fact aus Belgien:

"[...] Verärgert über den Beschluss der Bundesregierung, die Pensionen von Richtern und Gerichtsbediensteten zu kürzen, bringen die Staatsanwälte auf diese Weise ihren Unmut zum Ausdruck.

So weigern sich die Staatsanwälte nach wie vor, der Aufforderung des Justizministers nachzukommen, Straftäter mit kurzen Haftstrafen vorerst nicht in die bereits überfüllten Gefängnisse zu schicken.

Sie werden auch keine Antworten mehr auf parlamentarische Anfragen geben oder auf Ersuchen um Beratung oder Teilnahme an Arbeitsgruppen der Regierung oder des Parlaments antworten. [...]

Es kommt nicht jeden Tag vor, dass die Staatsanwaltschaft in diesem Umfang tätig wird, ganz im Gegenteil. „Meines Wissens ist das noch nie vorgekommen“, bestätigt [...] der Generalstaatsanwalt von Brüssel, im Namen des Kollegiums der Staatsanwälte. "Aber hier geht die Regierung dann doch eine Brücke zu weit. Irgendwann ist der Eimer voll."

Original: <https://www.vrt.be/vrtnws/nl/2025...pen-van-federa/>

Beitrag von „WillG“ vom 12. Mai 2025 14:59

Zitat von Finnegans Wake

Am Ende wäre ein gangbarer Vorschlag (auch wenn er für uns alle unangenehm ist, weil wir länger arbeiten müssten) der, dass von der gewonnenen Lebenserwartung ein Anteil in zusätzliche Arbeitszeit und ein Anteil in Renten-/Pensionszeit fließen würde.

Ich bin mir auch sicher, dass es mittelfristig darauf hinauslaufen dürfte. Es wird die Taktik sein, zuerst extreme Einschnitte zu propagieren, um alle irgendwie in Aufruhr zu versetzen, um bei deutlich geringeren Einschnitten, die dann umgesetzt werden, weniger Gegenwind zu bekommen.

Ich freue mich über jedes Jahr, in dem die Entscheidung zur Anhebung des Renten-/Pensionsalter noch nicht gefallen ist. Beim letzten Mal wurde das dann nach Geburtenjahrgängen gestaffelt und mit jedem Jahr, das ich vor so einer Entscheidung älter werde, desto weniger wird es mich betreffen. Aber das ist natürlich eine rein egoistische Sichtweise.

Gesamtgesellschaftlich wird dieser oder der nächsten Regierung gar nicht viel übrig bleiben, sofern eine komplette Umstrukturierung des Rentensystems nicht stattfindet. Und halte ich für unwahrscheinlich, wie sollte die auch aussehen.